

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 10.10.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 20:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Dr. Bernd Wiegand	OB	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Robert Bonan	parteilos	vertritt Herrn Dr. Fikentscher
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	anwesend bis 19:00 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Renee Fischer	Verwaltung	
Frau Nadine Kadyck	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Jürgen Lander	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Frau Julia Burghardt	SKE	anwesend bis 18:05 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	wird vertreten durch Herrn Bonan
Frau Marion Krischok	SKE	entschuldigt
Herr Stefan Schulz	SKE	

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt. Sie teilte mit, dass der TOP 4.3 und 4.4 von der Verwaltung abgesetzt worden sind. Weiterhin teilte sie mit, dass die Niederschrift zur Sitzung vom 12.09.2013 erst heute als Tischvorlage verteilt wurde. Aus diesem Grund kann eine Genehmigung dieser noch nicht erfolgen. Demnach werde der Tagesordnungspunkt 3 abgesetzt. Zum Thema „Vorschläge zur Änderung der Abfallgebührensatzung und Abfallwirtschaftssatzung ab 2015“, welches unter TOP 7 als Mitteilung behandelt werden sollte, unterbreitete sie dem Ausschuss den Vorschlag, diesen Punkt an den Anfang der Tagesordnung zu setzen, da hier ein Vortrag dazu gehalten werden sollte. Sie begrüßte als Gäste **Herrn Jänicke und Herrn Günther** von der HWS GmbH.

Im Vorfeld wurden die Mitglieder des Ausschusses über die Thematik per E-Mail bereits informiert, da diese Thematik kein ausdrücklicher Punkt in der Tagesordnung bildete. **Herr Misch, CDU** kritisierte dies und bat darum, wenn Informationen auf dem Wege der E-Mail versendet werden, zu berücksichtigen, dass nicht alle Ausschussmitglieder einen Mailzugang haben.

Das wird zukünftig beachtet.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Frau Krausbeck** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2013 **abgesetzt**
- 7.3 Thema „Vorschläge zur Änderung der Abfallgebührensatzung und Abfallwirtschaftssatzung ab 2015“
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013  
Vorlage: V/2013/12025

- 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2012  
Vorlage: V/2013/12027
- 4.3. Änderung des Konzessionsvertrags über die öffentliche Versorgung mit Wasser  
Vorlage: V/2013/11991 **abgesetzt**
- 4.4. Änderung des Konzessionsvertrags über die Abwasserbeseitigung  
Vorlage: V/2013/11980 **abgesetzt**
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Energiebericht 2013  
Vorlage: V/2013/12024
- 7.2. Baumfällliste
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2013**

---

Die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.09.2013 wurde am 10.10.2013 vor der Sitzung ausgeteilt. Eine Genehmigung kann daher erst in der Sitzung am 14.11.2013 erfolgen.

### zu 4 **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 4.1 **Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013** **Vorlage: V/2013/12025**

---

Änderung Fachbereich Sicherheit:

Die Änderungen des Nachtragshaushaltes 2013 auf Seite 57 und 58 beziehen sich auf das Vorhaben Liebenauer Str. – Sanierung Haupthaus. Die in 2013 veranschlagte Summe von 166.700 € zur Sanierung der Außenfassade wurde deshalb in 2014 verschoben, da eine Einnahme aus Förderung (Stadtumbau Ost) erst im Jahr 2014 beschieden ist.

Änderung Fachbereich Umwelt:

**Herr Lander, Verwaltung** führte grundsätzlich ein.

**Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung** erläuterte die wesentlichen Änderungen:

- S.92- Gefahrenabwehrmaßnahme Altbergbau-  
Erhöhung des Eigenmittelanteils auf 26.000,00 € aus der Maßnahme Gefahrenabwehr Hufeisensee –S.93/94.  
Maßnahme ist haushaltsneutral
- S.95- für das Vorhaben - Abriss der Schweinemastanlage Lettin- stehen von Seiten des Landesverwaltungsamtes in der aktuellen Förderperiode keine Mittel zur Verfügung, aus diesem Grund wurde das Vorhaben zurückgezogen.
- S.97- Gefahrenabwehrmaßnahme Osendorfer See  
Infolge der Hochwasserereignisse im Juni 2013 ist die Böschung des Osendorfer Sees instabil, damit ist eine Gefahrenlage gegeben. Aus diesem Grund wurde die Maßnahme neu in den Nachtragshaushalt aufgenommen.  
Die Verwaltung geht davon aus, dass die Mittel aus dem Fluthilfefonds bereitgestellt werden.
- Maßnahme Gertraudenfriedhof: hier ist die für 2013 geplante Summe an sich gleich geblieben, allerdings habe man die Mittel umsortiert.

**Herr Dr. Köck, DIE LINKE** fragte danach, wie mit den Maßnahmen umgegangen werde, für die Fluthilfemittel beantragt worden seien und ob das im Nachtragshaushalt verankert sei. Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass dies vorfinanziert würde. Im Nachtragshaushalt ist das nicht enthalten.

**Herr Misch, CDU** wendete ein, dass wesentlich mehr Veränderungen im Nachtrag vorliegen, als dargelegt und verweist auf die Seiten 101, 103, 105, 107, 109, 111. Hier seien wesentlich höhere Beträge als vorher ausgewiesen, er möchte wissen, wo dieses Geld herkommt. **Herr Knöchel, DIE LINKE** schloss sich dem an und fragte, wie im Investhaushalt / Friedhofs- und Bestattungswesen die 72.000 € zustande kommen (Seite 101 im Nachtrag 2013). Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

**Herr Misch, CDU** fragte danach, wie die Mittel der Ruherechtsentschädigung bisher verwendet wurden, er wünschte eine detaillierte Auflistung aller Ausgaben dazu. Die Verwaltung wird dies vorlegen.

Es bestand insgesamt Einigkeit darüber, dass alle Nachfragen zum Nachtragshaushalt bis zum Finanzausschuss zu beantworten sind.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt bei zwei Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Nachtragshaushaltssatzung 2013 und den Nachtragshaushaltsplan 2013

**zu 4.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2012  
Vorlage: V/2013/12027**

---

**Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende** führt in die Thematik ein und gibt die Reihenfolge der zu behandelnden Punkte vor.

Folgende offene Aufträge erhielt die Verwaltung durch den Ausschuss:

1. Für den Fachbereich Sicherheit:

- **Frau Fleischer, FDP** fragte danach, worin die Ursache der Erhöhung der Personalaufwendungen von 109.380 EUR (Ansatz 2013) auf 1.061.380 EUR (Ansatz 2014) besteht- HHPlan S. 174
- **Herr Knöchel, DIE LINKE bittet um** Erstellung eines Sachstandsberichts zur Umsetzung der Maßnahmen des Vorhabens Sanierung Freiwillige Feuerwehr Passendorf- HHPlan S. 211
- **Herr Knöchel, DIE LINKE** bittet um Prüfung, ob die Stadt in Vorleistung gehen muss, wenn ihr die Ausführung eines Bundesgesetzes übertragen worden ist bzw. mit welchen Kostenerstattungen sie rechnen kann- HHPlan S. 213
- **Herr Knöchel** möchte eine Untersetzung der Ersatzbeschaffung von Mitteln in Höhe von 5.500 EUR- HHPlan S. 217

2. Für den Fachbereich Umwelt

- **Herr Misch, CDU** bittet um Darstellung der Auswirkungen der Einsparung von 600.000 EUR in 2014 vor allem in den Produkten "Grünflächen und Parkanlagen" sowie "Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze" -HHPlan S. 365 und 367.
- **Herr Knöchel, DIE LINKE** bittet um Darstellung des Standes der Umsetzung in den Produkten "Grünflächen und Parkanlagen" und "Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze" per 30.09.2013.
- **Herr Misch, CDU** fragt, ob es nicht notwendiger sei, Spielplätze herzurichten als Brunnen sprudeln zu lassen? HHPlan S. 371
- **Herr Misch, CDU** fragt danach, wie die Graffiti-Beseitigung auf den Friedhöfen finanziert wird? Wurden dafür Mittel in den Haushalt eingestellt? In welchem Umfang wären Mittel erforderlich? HHPlan S. 375

- **Herr Schiller, SKE** fragt: Gibt es eine Übersicht darüber, welche Spielplätze/Bolzplätze reparaturbedürftig sind? Welchen Investbedarf gibt es? Existiert eine Spielplatzkonzeption! HHPlan S. 378-391
- **Herr Knöchel, DIE LINKE** fragt: Hat die Stadt im investiven Bereich "Deckungsringe" eingerichtet bzw. sind Mittel aus der Gesamtsumme zweckgebunden? Warum existieren zu diversen Maßnahmen im Friedhofsbereich keine Verpflichtungsermächtigungen? HHPlan S. 378-391
- **Herr Knöchel, DIE LINKE** fragt. Welche Auswirkungen hat die Teilzeit auf die Aufgabenwahrnehmung durch den Fachbereich Umwelt? HHPlan S. 1283-1284

Bereits in der Sitzung beantwortet:

- **Herr Knöchel, DIE LINKE**, fragte danach, warum bei der mittelfristigen Bindung keine Verpflichtungsermächtigungen (VE) ausgebracht werden (Stichwort Baubeschluss in Höhe von ca. 1 Mill. EUR aus der Rücklage „Ruherechtsentschädigung“). **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung** beantwortete diese Frage in dem Sinne, dass hieraus keine zusammenhängende Maßnahme finanziert werden soll, sondern nur Vorgänge, die in Jahresscheiben abgearbeitet werden können.

3. Vorhaben der Freiflächengestaltung (HHPlan S. 392 bis 407): diese Vorhaben werden in der 2. Lesung des Haushaltsplanentwurfs gemeinsam mit dem Fachbereich Planung einer Erörterung unterzogen.

#### 4. Dienstleistungszentrum Klimaschutz

-HHPlan S. 329ff und 1278

**Herr Scholtyssek, CDU** fragte nach den Aufgaben des DLZ Klimaschutz- insbesondere danach, welche Angebote der Bürger hier bekommt. **Herr Zwick, Verwaltung** als Leiter des DLZ antwortete, dass die Hauptaufgabe in der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts bestehe. Ein Aufwuchs an Personal könne auch nicht festgestellt werden, denn die für 2014 geplanten Besetzungen basieren lediglich auf die Zuordnung von bereits vorhandenem Personal aus den Fachbereichen Planung und Umwelt.

**Herr Dr. Fuchs, SKE** bat in dem Zusammenhang darum, dass Anfang 2014 bitte eine Vorstellung der Aufgaben und der Strukturen des DLZ Klimaschutz im Ausschuss erfolgen möge. Die Verwaltung sagt dieses zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** In erster Lesung beraten

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014.

2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2012 zur Kenntnis.

**zu 4.3 Änderung des Konzessionsvertrags über die öffentliche Versorgung mit Wasser**  
**Vorlage: V/2013/11991**

---

**Abstimmungsergebnis:** abgesetzt

**Beschlussvorschlag:**

Der Änderung des Konzessionsvertrags über die öffentliche Versorgung mit Wasser wird zugestimmt.

**zu 4.4 Änderung des Konzessionsvertrags über die Abwasserbeseitigung**  
**Vorlage: V/2013/11980**

---

**Abstimmungsergebnis:** abgesetzt

**Beschlussvorschlag:**

Der Zweiten Änderung des Konzessionsvertrags über die Abwasserbeseitigung wird zugestimmt.



## zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

Anträge wurden nicht gestellt.

## zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

## zu 7 Mitteilungen

---

### zu 7.1 Energiebericht 2013 Vorlage: V/2013/12024

---

**Herr Bielecke, ZGM** präsentierte dem Ausschuss den Energiebericht 2013 unter Verwendung einer Power-Point-Präsentation, welche mit den Sitzungsunterlagen versandt wurde.

In der Diskussion zu diesem Bericht ergaben sich insbesondere folgende Fragen:

**Herr Misch, CDU** vermisste eine Aussage zu den Abweichungen zwischen tatsächlichen Verbrauchsenergie-/Heizenergiebedarf und dem rechnerischen Bedarf.

**Herr Dr. Köck, DIE LINKE** hat festgestellt, dass die spezifischen Verbräuche gleich geblieben sind, der von Elektroenergie leicht gestiegen ist. Er sieht hier ein wichtiges Betätigungsfeld für das DLZ Klimaschutz, hier könnte Einfluss auf Verbräuche genommen werden. **Herr Bielecke, Verwaltung** stimmte dem zu, hier sei das Nutzerverhalten sehr stark beeinflussend. Jeder sei dafür zuständig, aktiv Einfluss auf eine effiziente Energienutzung zu nehmen, die Nutzer müssen intensiv an diesem Prozess beteiligt werden.

**Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende** wies darauf hin, dass bereits im Energiebericht 2011 Gebäude mit hohen Prioritäten hinsichtlich der energetischen Sanierung aufgelistet gewesen sind. Die Verwaltung war beauftragt, darzustellen, wie diese Maßnahmen umgesetzt werden können. Das ist nicht erfolgt. Nun sind im aktuellen Bericht wiederum Objekte aufgeführt. Sie fragte danach, ob dafür nun im Haushalt Mittel vorgesehen seien. Das wurde verneint, Finanzierungen erfolgen nur über den Zukunftsfonds bzw. über STARK III.

Zuletzt wurde seitens der Ausschussmitglieder noch einmal bekräftigt, dass im Rahmen der Präsentation der Aufgaben des DLZ Klimaschutz Anfang nächsten Jahres nicht nur über Strukturen berichtet werden solle, sondern verstärkt auch über Aktivitäten. **Herr Bielecke, Verwaltung** sicherte zu, an dieser Vorstellung mit teilzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** Kenntnisnahme

## zu 7.2 Baumfällliste

---

Diese Liste wurde zur Kenntnis genommen. Anfragen dazu gab es nicht.

### Zu 7.3 Thema „Vorschläge zur Änderung der Abfallgebührensatzung und Abfallwirtschaftssatzung ab 2015“

---

Frau Ruhl-Herpertz führte in die Thematik ein. Sie erläuterte, dass die Verwaltung mit dieser ersten Befassung mit dieser Thematik den Wünschen der Mitglieder dieses Ausschusses und des Stadtrates nachkommen möchte, sich in Vorbereitung der neuen Abfallsatzungen ab 2015 intensiv mit den einzelnen Positionen der angebotenen abfallwirtschaftlichen Leistungen auseinanderzusetzen. Gleichfalls solle eine Alternative zur nicht mehr zulässigen „Pauschalen“ Halbierung der Restmüllgebühr für die kleinstveranlagten Wohngrundstücke vorgeschlagen werden.

Diese Information besteht aus zwei Teilen:

1. Präsentation der HWS GmbH zur grundsätzlichen Herangehensweise an die Kalkulation des Jahresaufwands für die „öffentliche Abfallentsorgung“. Diese wurde von **Herrn Günther, HWS** vorgenommen. Entsprechend der Bitte von **Herrn Dr. Köck, DIE LINKE**, ist sie als Power Point Präsentation auch in Session eingestellt.

2. Tischvorlage, die sowohl mögliche Alternativen zur weggefallenen pauschalen Halbierung der Restmüllgebühr vorstellt und einige relevante Vorschläge zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung darlegt, welche insbesondere im Logistikbereich zu Einsparungen führen könnten.

**Frau Ruhl-Herpertz** lud die Ausschussmitglieder ein und bot an, zu den Fraktionssitzungen zu dieser Thematik Rede und Antwort zu stehen. Diese Gespräche sollten im November stattfinden, so dass im Dezember die Auswertung von Vorschlägen erfolgen könne und Tendenzen einer Weiterentwicklung im Abfallbereich erfolgen können. Die Ergebnisse sollen dann im Frühjahr 2014 wieder im Ausschuss vorgestellt werden und deren Umsetzung dann in den satzungsrechtlichen Ergebnissen im IV. Quartal 2014 erfolgen.

In der anschließenden Diskussion wurde u.a. darauf hingewiesen, dass durch private Papiersammler/-einkäufer Ausfälle bei der Erlöserzielung durch Verwertung des kommunalen Anteils an Altpapier zu verzeichnen sind. Dies wirkt sich negativ auf die Höhe der Abfallgebühren aus.

**Herr Dr. Fuchs, SKE** fragte danach, was die Herstellung des Umweltkalenders kostet. Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

**Herr Knöchel, DIE LINKE** wies darauf hin, dass Altpapier ausweislich der derzeitigen Kalkulation der Abfallgebühren als Gemischt Papier entsorgt würde, das habe Auswirkungen auf den zu erzielenden Erlös. Er fragte, ob nicht zukünftig eine sortenreine Verwertung möglich sei? **Herr Günther** sagte zu, dies prüfen zu wollen. **Herr Misch, CDU** verwies in diesem Zusammenhang auf die Liefervereinbarungen mit den Papierentsorgern, welche langfristig abgeschlossen seien. Diese Entsorger verfügen auch über die entsprechenden Sortieranlagen.

**Herr Dr. Köck, DIE LINKE** fragte, ob die Verwaltung in einer nächsten Veranstaltung eine Aussage zu dem Verhältnis der Menge Gesamtvolumen: Menge Gesamtgewicht entsorgter Abfall treffen könne. Das wird aufgenommen.

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

## zu 9 Anregungen

---

**Herr Dr. Köck, DIE LINKE** wies darauf hin, dass der Messcontainer in der Paracelsusstraße im Traufbereich von Straßenbäumen stünde. Das könne zu einer Verfälschung der Messwerte für Feinstaub führen, diese könnten ggf. viel höher liegen, als angegeben. Er regte an, dies zu prüfen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 20:09 Uhr geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.11.13

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Elisabeth Krausbeck  
Ausschussvorsitzende

---

Renée Fischer  
Protokollführerin